



Regierungsratsbeschluss vom 05. April 2022

Interpellation Nr. 39 Tonja Zürcher betreffend Zunehmender Antisemitismus online und in der realen Welt; schriftliche Beantwortung

P225155

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Für den Regierungsrat ist die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung in Basel-Stadt von zentraler Bedeutung. Im Kanton Basel-Stadt sind zwar bis auf wenige der Kantonspolizei zur Kenntnis gebrachte verbale antisemitische Angriffe auf jüdische Einwohner keine gravierenden Vorkommnisse aktenkundig. Auch liegen den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden aktuell keine Hinweise vor, die auf eine konkrete Gefährdung der jüdischen Bevölkerung in Basel-Stadt hinweisen. Es trifft aber zu, dass die allgemeine Gefahrenlage überall in Europa für die jüdische Bevölkerung und die jüdischen Institutionen als erhöht gilt. Mit dem Projekt «Jüdische Sicherheit Basel» wurde eine personelle Aufstockung der Kantonspolizei vorgenommen und die baulichen Sicherheitsmassnahmen sind in Umsetzung. Die Kantonspolizei Basel-Stadt steht in engem Kontakt mit der jüdischen Gemeinde und ist nicht nur über antisemitische Straftaten gut informiert, sondern generell darüber, wie es der jüdischen Bevölkerung in Basel-Stadt geht.

